



- Antragsbuch -

Piratenpartei Deutschland
Kreisverband Mittelhaardt

1. ordentlicher Kreisparteitag 2010
13.11.2010, Brauhaus Neustadt

Inhaltsverzeichnis

Änderungsanträge zur Satzung

3.....	S1 - Rechtschreibfehler in §5 beheben
3.....	S2a - Anzahl Beisitzer
3.....	S2b - Anzahl Beisitzer
4.....	S3 - Politischer Geschäftsführer
4.....	S4 - Vorstandssitzungen Einberufen
5.....	S5 - Fehlerkorrektur bei geschäftsführenden Vorstand
5.....	S6 - außerordentlicher Kreisparteitag einberufen

Programmanträge

6.....	P1 - Vorwort
6.....	P2 - Bürgernähe und politische Transparenz
7.....	P3 - digitale Kultur
8.....	P4 - Datenschutz auf allen politischen Ebenen
9.....	P5 - Mobil verfügbare Internetzugänge
10.....	P6 - Videoüberwachung in Neustadt abschaffen
10.....	P7 - Offene Standards und quelloffene Software

S1 - Rechtschreibfehler in §5 beheben

Vincent Thenhart

Es wird beantragt, dass in §5 (1) der Wortlaut "widersprechende" in "widersprechende" geändert wird.

Alt

[...] Eine dem widersprechende Regelung ist unzulässig.

Neu

[...] Eine dem **widersprechende** Regelung ist unzulässig

S2a - Anzahl der Beisitzer

Georg Semmler

Es wird beantragt den bisherigen §9a Absatz 1.4. durch folgenden Wortlaut zu ersetzen: „einer durch den Kreisparteitag festzulegenden Anzahl an Beisitzern. Die Anzahl der Beisitzer kann auch 0 betragen.“

Alt

einem oder mehreren Beisitzern

Neu

einer durch den Kreisparteitag festzulegenden Anzahl an Beisitzern. Die Anzahl der Beisitzer kann auch 0 betragen.



konkurierend



S2b - Anzahl der Beisitzer

Vincent Thenhart

Es wird beantragt, dass in §9a (1) Satz 4 der Wortlaut "einem oder mehreren Beisitzern" durch "einer in §9a (2) geregelten Anzahl an Beisitzern" ersetzt wird. Des Weiteren wird beantragt in §9a (2) den Wortlaut "Die Anzahl der Beisitzer kann auch null betragen."

Alt

einem oder mehreren Beisitzern

Neu

(1) einer in §9a (2) geregelten Anzahl an Beisitzern
(2) Die Anzahl der Beisitzer kann auch null betragen

S3 – Politischer Geschäftsführer

Georg Semmler

Es wird beantragt zwischen §9a Absatz 1.3. und 1.4. folgenden Absatz einzufügen: „einem Politischen Geschäftsführer“

Alt

-/-

Neu

Einem Politischen Geschäftsführer

S4 – Einberufung der Vorstandssitzungen

Georg Semmler

Es wird beantragt in §12 Absatz 1 das Wort „schriftlich“ ersatzlos zu streichen.

Alt

Der Kreisvorstand tritt in seiner Amtsperiode mindestens einmal alle drei Monate zusammen. Er wird vom Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter ~~schriftlich~~ unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Alle eingereichten Anträge sind im Wortlaut an geeigneter Stelle kurzfristig zu veröffentlichen.

Neu

Der Kreisvorstand tritt in seiner Amtsperiode mindestens einmal alle drei Monate zusammen. Er wird vom Vorsitzenden oder bei dessen Verhinderung von einem seiner Stellvertreter unter Angabe der Tagesordnung und des Tagungsortes einberufen. Alle eingereichten Anträge sind im Wortlaut an geeigneter Stelle kurzfristig zu veröffentlichen.

S5 – Geschäftsführender Vorstand

Georg Semmler

Es wird beantragt in §9a Absatz 3, das Wort „sein“ durch das Wort „seine“ zu ersetzen.

Alt

Der Kreisvorsitzende, sein Stellvertreter und der Kreisschatzmeister bilden den geschäftsführenden Vorstand. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen.

Neu

Der Kreisvorsitzende, **seine** Stellvertreter und der Kreisschatzmeister bilden den geschäftsführenden Vorstand. Der geschäftsführende Vorstand vertritt den Kreisverband nach innen und außen.

S6 – außerordentlicher Kreisparteitag einberufen

Vincent Thenhart

Es wird beantragt in §9b (5) den Wortlaut "beantragt" durch "einberufen" zu ersetzen.

Alt

Außerordentliche Kreisparteitage können beantragt werden

Neu

Außerordentliche Kreisparteitage können **einberufen** werden

P1 – Vorwort

Vincent Thenhart

Am 27. September 2009 hat die Piratenpartei Deutschland mit großem Erfolg an der Wahl zum Deutschen Bundestag teilgenommen. Auch in Neustadt an der Weinstraße wurde ein Ergebnis über dem Bundesdurchschnitt errungen. Die Piratenpartei steht für die Bewahrung und Gewährleistung von Freiheit und Demokratie. Unter dieser Überschrift versammeln wir ein weites Spektrum einzelner Themenbereiche wie zum Beispiel bürgernahe Politik, die Abschaffung bestehender und Verhinderung neuer Zensur- und Überwachungsmaßnahmen. Hierzu gehören auch offene Standards und quelloffene Software in kommunalen Behörden, die Stärkung der Internetkompetenz der Bürger, die Schaffung von Internetzugängen unabhängig vom Wohnort und ein ernst gemeinter, echter Datenschutz für alle Menschen. All dies basierend auf freiem Zugang zu Kultur, Wissen und Bildung. Viele dieser Fragen müssen auf kommunaler Ebene beantwortet werden. Mit dem Resultat der Bundestagswahl im Hinterkopf und dem Anspruch, eine Partei auf allen Ebenen der Politik zu sein, haben wir, die PIRATEN aus Neustadt, dieses Parteiprogramm beschlossen.

P2 – Bürgernähe und politische Transparenz

Vincent Thenhart

Die Piratenpartei versteht sich als Bürgerrechtspartei im Informationszeitalter. Ein wichtiger Schritt zur Stärkung der Bürgerrechte ist es, dem Bürger mehr Möglichkeiten zu bieten, Einfluss auf die Politik zu nehmen. Um der Stimme des Bürgers Gehör zu verleihen, setzt sich die Piratenpartei für folgende Punkte ein:

- Online-Bürgerbegehren für eine unbürokratischere Mitgestaltung der Politik durch den Bürger
- Entscheidungsprozesse aller gewählten Gremien transparent nach außen darstellen
- Berücksichtigung von Empfehlungen ausschließlich auf Basis der Sachkunde anstatt Partei- oder Lobbyzugehörigkeit

Das zentrale Anliegen der Piratenpartei ist „Gläserner Staat statt gläserner Bürger“. Ein gläserner Staat ist transparent in seiner Arbeit und dient ausschließlich dem Gemeinwohl der Bürgergemeinschaft. Dazu zählt:

- Transparenz statt Lobbyarbeit und geheimen Absprachen
- Bürgerwille statt Regieren von oben

Wir bieten jedem engagierten Bürger die Möglichkeit, zu einer besseren Politik beizutragen. Die PIRATEN setzen sich für eine saubere und bürgernahe Politik ein.

P3 – digitale Kultur

Vincent Thenhart

Gut informierte Bürger sind die Basis für Demokratie und Freiheit. Genau das muss auf digitale Medien weiter ausgedehnt werden. Wir werden die Digitalkultur in Neustadt fördern und stärken. Ziel ist es, hier insbesondere die Kompetenz im Umgang mit dem heute schon wichtigsten Kommunikationsmittel, dem Internet, zu vermitteln und auszubauen. Der selbstverständliche Umgang mit dem Internet erlaubt eine Willens- und Meinungsbildung aus einem breiten Spektrum unabhängiger Informationsquellen. Es ist wichtig, dass alle Bürger jeder Altersgruppe die Nutzung digitaler Kommunikation und Technik sicher und souverän anwenden können. Wir möchten die verschiedenen Generationen zusammenbringen um die Kluft zwischen analoger und digitaler Gesellschaft zu überwinden.

Wir wollen:

- Treffpunkte zum Austausch von Fragen, Meinungen und Hilfen
- Nutzungspotentiale neuer Technik aufzeigen und erschließen
- Risiken und Prävention aufzeigen
- Nutzeranalysen durch Werbetreibende und Unternehmen begegnen
- Gründe und Hilfen für umsichtigen Umgang mit persönlichen Daten im Netz aufzeigen
- Zensur- und Überwachungsmechanismen des Staates erläutern
- Ausspähen durch staatliche Stellen und andere Neugierige begegnen
- Unterstützung älterer Bürger durch Jüngere ermöglichen
- Ansprechpartner für Lehrer und Dozenten für die Umsetzung und den Ausbau bereits vorhandener Lehrpläne zu diesen Themen zur Verfügung stellen
- Ansprechpartner und Beratung für Eltern
- Beratung zum Thema Onlinesucht
- Aufklärungsarbeit leisten
- Vereinfachungen und Falschdarstellungen seitens der Politik und Medien aufdecken und einordnen (Beispiele sind Onlinespiele, Wahlcomputer, angeblich rechtsfreier Raum des Internets)

Diese Ziele möchten wir mit dafür bereitzustellenden, städtischen Räumlichkeiten und professioneller Infrastruktur umsetzen. Dabei werden wir die verschiedenen Zielvorstellungen der jeweiligen Altersgruppen berücksichtigen. Flankiert werden soll dies durch den Aufbau professioneller Angebote an bereits vorhandenen Einrichtungen. Eine Ergänzung durch Workshops und Seminare zu aktuellen Themen ergänzt die Weiterbildungsmaßnahmen. Digitale Kultur ist auch Netzkultur. Daher müssen alle Angebote durch darauf abgestimmte und damit integrierte Onlineangebote für die Neustadter Bürger abgerundet werden. Diese Angebote müssen durch entsprechende Werbemaßnahmen in das Bewusstsein der Bürger getragen werden.

P4 – Datenschutz auf allen politischen Ebenen

Vincent Thenhart

Dieses Thema spielt in der gesamten Politiklandschaft eine völlig untergeordnete Rolle. Die PIRATEN sind die einzige Partei die ganz besonders für die Themen Datenschutz und Schutz der Privatsphäre der Bürger eintritt. Das kürzlich verabschiedete Programm zur Landtagswahl 2011 unterstreicht diesen Anspruch in aller Deutlichkeit. Es ist notwendig, sich diesen Herausforderungen auf allen politischen Ebenen (Europa-, Bundes-, Landes- und Kommunalpolitik) zu stellen. Die Piratenpartei wird in jeder Phase kommunaler Ausschreibungen, Projekte und Entscheidungen kritisch die Bürgerrechte und den Datenschutz in die Betrachtungen einbeziehen. Die Erfassung von immer mehr Daten in fast allen Lebensbereichen der Bürger führt zu massiven Problemen. Um diese zu verstehen, ist eine Einzelfallbetrachtung bzgl. der Erfassung nicht zielführend. Genau das Gegenteil ist der Fall. Viele Daten, die bereits erfasst werden, werden für sich genommen meist als ungefährlich wahrgenommen. Was bei der Diskussion immer wieder ausgeblendet wird, ist die Verknüpfung der Informationssysteme untereinander und die Zuordnung von Daten, die in einem System liegen, zu Daten zu einer Person, die in anderen Systemen hinterlegt sind. Diese Zusammenführung geschieht heute meist noch durch manuelle Eingriffe. Die Automatisierung wird aber bereits umgesetzt. Der gemeinsame Schlüssel für diese Automatisierung der Verknüpfung wurde übrigens bereits eingeführt: Ihre neue, ab der Geburt lebenslang gültige Steuernummer. Eine Personenkennziffer durch die Hintertür des Steuerrechts.

Die verschiedenen Datensammlungen, deren Abgleich und die Rasterung im Falle eines Verbrechens führt sehr schnell dazu, dass gar nicht erst klassische Ermittlungen durchgeführt werden, sondern dass zunächst Datenbanken daraufhin untersucht werden.

Am Ende muss der Bürger seine Unschuld beweisen, da alle Daten darauf hindeuten, dass er im Kreis der Verdächtigen ist.

Wir unterstellen: Wir Bürger sind keine Täter. Auch keine potentiellen. Das Grundgesetz, dessen primäre Aufgabe es ist, den Bürger vor dem Staat zu schützen, stellt nicht umsonst die Unschuldsvermutung in den Vordergrund. Diese wird allerdings mit den angehäuften Datenhalden ausgehebelt und ad absurdum geführt.

Wir fordern:

- Ein kompetentes, gut besetztes Datenschutzbüro, welches in kommunale Projekte eingebunden wird
- Den besten Datenschutz: Datenvermeidung statt Erhebung
- Kürzest-mögliche Fristen für die Aufbewahrung zwingend notwendiger Daten

- Öffentliche, einfach zugängliche und klar verständliche Bereitstellung von Informationen darüber, wo die Stadt was über wen speichert und wie sie diese Daten schützt

Demokratie und Freiheit sind die Basis von allem. Beides braucht effektiven, ernst gemeinten Datenschutz. Daran muss Politik sich messen lassen. Selbstverständlich auch auf kommunaler Ebene.

P5 – Mobil verfügbare Internetzugänge

Vincent Thenhart

Das Internet ist mittlerweile ein nicht mehr wegzudenkender Bestandteil unserer Infrastruktur. Obwohl fast jede Behörde, jedes Unternehmen und die meisten Privathaushalte über einen Zugang zum Internet verfügen, ist die Nutzung des Internets außerhalb der Privatwohnung oder des Arbeitsplatzes bisher kaum möglich. Hierfür ist entweder eine relativ teure Verbindung über das Mobilfunknetz notwendig oder es muss auf einzelne Insellösungen mittels WLAN (Funknetzwerke) zurückgegriffen werden. Momentan sind für den Neustadter Bürger nur wenige kommerzielle Angebote, wie beispielsweise die "Hotspots" der Telekom verfügbar, diese allerdings sind nur vereinzelt in Cafés installiert.

Hierbei handelt es sich jedoch um ein System, für das eine separate Anmeldung und Bezahlung erforderlich ist.

Ein wichtiger Punkt beim Aufbau eines WLAN-Netzes, welches für eine größere Benutzergruppe verfügbar sein soll, ist die rechtliche und technische Absicherung. Es muss verhindert werden, dass die versendeten Daten durch andere Benutzer mitgelesen werden können und der Anschlussinhaber muss die Identität der Nutzer kennen, da er für alle von seinem Anschluss ins Internet versendeten Daten haftet. Dies erschwert den Aufbau eines für jedermann verfügbaren WLAN-Netzes und macht eine gute technische Umsetzung erforderlich. Da die bisher vorhandenen Möglichkeiten entweder nur von bestimmten Personengruppen genutzt werden können oder die Nutzung teils mit hohen Kosten verbunden ist und deren Abdeckung in Neustadt sehr schlecht ausgebaut ist, setzen wir uns dafür ein, dass die Stadt Neustadt ein für jeden Bürger nutzbares WLAN-Netz installiert. Hierzu sollen WLAN-Zugangspunkte an den schon vorhandenen Internetanschlüssen der Stadtverwaltung und an möglichst vielen anderen Orten der Stadt installiert werden. Mehrere Projekte arbeiten bereits heute an der technischen Umsetzung eines "Bürger-WLAN", wir werden uns dafür einsetzen, dass die Stadt Neustadt ein solches Vorhaben konsequent vorantreibt.

P6 – Videoüberwachung in Neustadt abschaffen

Vincent Thenhart

Seit einiger Zeit ist am Haltepunkt Böbig und am Saalbau eine Überwachungskamera montiert. Die Kamera am Saalbau soll aufgrund des großen Widerstands bald demontiert werden, aber wie eine Stadtratsfraktion schon angekündigt hat wird es in naher Zukunft wieder das Vorhaben geben an dieser Stelle die Videoüberwachung einzuführen. Die PIRATEN sind strikt gegen jede Videoüberwachung an Plätzen ohne polizeilichen Brennpunkt.

In Neustadt muss es ein Umdenken stattfinden, von der gefühlten Sicherheit hin zu einer konsequenten Abwägung zwischen Sicherheit und der Freiheit des Individuums.

Wir fordern:

- Kamerafreies Neustadt
- Abbau der vorhandenen Kameras in Neustadt (Der Rat muss hier auf die Landesregierung einwirken)
- Jedwedes Unterlassen von Maßnahmen zur Förderung des weiteren Ausbaus der Überwachung in Neustadt
- Umkehr der Voraussetzungen für den Betrieb von Kameras: Der Bürger muss sich nicht im Nachhinein dagegen wehren, sondern jeder Betreiber muss sich im Vorfeld umfassend rechtfertigen.
- Verzicht auf Kameras im öffentlichen Raum
- Verzicht auf Kameras in Gaststätten, Biergärten und ähnlichen Betrieben
- Deutlichere, gut erkennbare und unmissverständliche Kennzeichnung von Geschäften und Gaststätten, die Ihre Gäste und Kunden im Innenbereich überwachen. Gut sichtbare Angaben zur Anzahl der betriebenen Kameras und Nennung der eigenen Motivation sowie der rechtlichen Grundlagen
- Entschlossenes Vorgehen gegen jede Kamera, die unerlaubt im öffentlichen Raum angebracht wird

P7 – Offene Standards und quelloffene Software

Vincent Thenhart

Wie erfolgreiche Projekte, z.B. in München, Wien und Schwäbisch Hall, gezeigt haben, lassen sich durch den Einsatz quelloffener Software und offener Standards im Verwaltungsbereich hohe Kosteneinsparungen erzielen. Quelloffene Software und offene Standards fördern den Wettbewerb unter den Software- und Servicelieferanten der Verwaltung. Die Verwaltung befreit sich aus ihrer Abhängigkeit von Lieferanten geschlossener Systeme. Diese Anbieter bestimmen beispielsweise die Aktualisierungszyklen für die Software, die ihre Kunden einhalten müssen, um das Zusammenwirken ihrer Produkte weiter sicherstellen zu können. Dies ist ein externer Kostentreiber, der sich praktisch kaum

beeinflussen lässt. Bei offenen Systemen und Standards ist eine Abschottung der Systeme durch dominante Hersteller weder erwünscht noch möglich. Ein offener Standard beschreibt beispielsweise, in welcher Form Daten von einem Programm gespeichert werden. Dies ermöglicht es, dass diese Daten nicht nur vom Hersteller des ursprünglichen Programms verarbeitet werden können, sondern von jedem Programm, welches den Standard unterstützt. Da dieser offen ist, erhalten auch andere Unternehmen die Möglichkeit zu konkurrieren. Die belgische Regierung hat die Notwendigkeit bereits erkannt, dass Daten nicht länger in herstellerabhängigen Formaten gespeichert sein dürfen. Deshalb hat sie für die Verwaltungen des gesamten Landes die Umstellung auf offene Standards beschlossen. Wir treten dafür ein, dass die Verwaltung verstärkt auf den Einsatz offener Software setzt und bei absehbarem Bedarf eine Analyse durchführt, die ganz besonders die Alternative „Offene Software“ statt „Update kommerzieller Produkte“ prüft.